
7111/J XXVII. GP

Eingelangt am 21.06.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm, Mag. Gerhard Kaniak
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Arbeit
betreffend **Wiener (50) verlor nach Corona-Impfung Unterschenkel**

Die Tageszeitung „Heute“ berichtet:

Knapp drei Wochen nach der Erstimpfung mit AstraZeneca erlitt der Wiener Goran D. (50) eine Thrombose – sein Unterschenkel musste amputiert werden.

Mehr als 30 Jahre lang arbeitete Goran D. (50) am Bau: "Ich hab' einfach gemacht, was angefallen ist. Ich war schon ein Spezialist für alles", erzählt der Wiener im "Heute"-Interview. Doch damit ist jetzt Schluss, für immer. Denn der 50-Jährige erlitt nach der Corona-Erstimpfung mit dem Wirkstoff AstraZeneca eine Lungenembolie sowie eine Thrombose im rechten Bein. Der Unterschenkel war schließlich nicht mehr zu retten, er musste amputiert werden. Goran D. ist einer von 16 Impfschaden-Betroffenen in Österreich, die beim Sozialministerium nach dem Impfschadengesetz eine Entschädigung beantragt haben.

"Ich hab' nie Probleme gehabt, war nie krank, musste keine Tabletten nehmen – bis zum 13. März", berichtet Goran D. Der Bauarbeiter hatte sich heuer am 19. Februar gemeinsam mit anderen Kollegen gegen Corona mit dem Wirkstoff AstraZeneca impfen lassen: "Am 10. März hab' ich Fieber bekommen, bin zum praktischen Arzt. Er gab mir Medikamente, meinte, es ist nichts Schlimmes", erinnert sich der 50-Jährige.

Als das Fieber nicht hinunterging, suchte Goran D. die Klinik Favoriten auf: "Ich habe ein-, zweimal Blut gespuckt. Die Ärzte dort meinten, das ist von den Nasenbohrer-Tests, und ich soll wieder nach Hause gehen." Doch am 13. März hatte der Wiener so starke Schmerzen im Bein, dass seine Frau die Rettung rufen musste: "Solche Schmerzen habe ich mein ganzes Leben noch nie gehabt. Mein Bein war weiß, blau und schwarz", meint der dreifache Familienvater.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bei einer Untersuchung in der Klinik Favoriten stellte sich dann heraus: Goran D. hatte eine Lungenembolie sowie eine Thrombose im rechten Bein. Der 50-Jährige wurde in die Klinik Ottakring überstellt, dort wurde festgestellt, dass "eine Akutintervention" (ein sofortiger Eingriff, Anm.) nicht notwendig ist. Goran D. wurde wieder zurück in die Klinik Favoriten gebracht.

Dort ging wenige Tage später eine wahre OP-Odyssee für den Wiener los: "Ich wurde in dieser Woche dreimal operiert, immer fünf, sechs Stunden lang. Jedes Mal meinten die Ärzte, alles wird wieder gut. Bei der letzten Operation hatte ich dann einen Lungeninfarkt, musste kurzfristig in künstlichen Tiefschlaf versetzt werden. Zum Glück fingen meine Lungen wieder an zu arbeiten", erzählt Goran D.

Wenig später kam dann die Hiobsbotschaft der Ärzte: "Herr D., wir müssen ihren Unterschenkel amputieren!" In einem mehrstündigen Eingriff wurde dem 50-Jährigen das rechte Bein unterhalb des Knies entfernt: "Diese Schmerzen, als ich aufgewacht bin, die werde ich mein Leben lang nicht vergessen", erinnert sich Goran D. Neun Tage lang lag der Wiener auf der Intensivstation: "Die Ärzte haben nicht geglaubt, dass ich überlebe. Aber ich habe es geschafft", meint der ehemalige Bau-Arbeiter.

Da seitens der Ärzte bald klar war, dass ein Zusammenhang zwischen der AstraZeneca-Impfung und der Embolie sowie der Thrombose besteht, wandte sich Goran D. an die Wiener Patienten-anwaltschaft: "Wir haben Herrn D. beim Antrag auf Entschädigung nach dem Impfschadengesetz geholfen, dieser ist derzeit beim Sozialministeriums-Service in Bearbeitung. Da Herr D. einen sehr massiven Schaden erlitten hat und er schwer beeinträchtigt ist, hat er Anspruch auf eine Rentenzahlung. Zudem prüfen wir derzeit, ob seitens der Spitäler ein Behandlungsfehler vorliegt, also, ob man rechtzeitig und richtig reagiert hat. Liegt ein Behandlungsfehler vor, dann hätte Herr D. Anspruch auf Schadenersatz", erklärt Patienten-anwaltschaft-Juristin Helga Willinger.

Bis Ende Mai haben laut dem Gesundheitsministerium 16 Österreicher (beziehungsweise Angehörige von Verstorbenen) eine Entschädigung nach dem Impfschadengesetz beantragt. Neben Goran D. gibt es noch einen weiteren Fall aus Wien, bei dem eine Pfizer/Biontech-Impfung zu einem Blutgerinnsel im Gehirn geführt haben soll. Weiters gibt es vier Fälle in Niederösterreich – darunter eine Krankenschwester aus dem Waldviertel, die nach einer AstraZeneca-Impfung an einer Gehirnvenen-Thrombose starb –, drei in Tirol, je zwei aus Oberösterreich, der Steiermark und Vorarlberg sowie ein Fall aus dem Burgenland.

Die Anträge werden derzeit vom Gesundheitsministerium geprüft, wie hoch die Entschädigungen im Einzelfall ausfallen werden, steht noch nicht fest: "Konkrete Einzelheiten zu allenfalls anhängigen Verfahren nach dem Impfschadengesetz können aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht genannt werden", heißt es dazu aus der Pressestelle. Das Impfschadengesetz sieht grundsätzlich eine einmalige Pauschalleistung in Höhe von 1.305,50 Euro vor, plus 106,90 Euro für jeden Tag eines stationären Aufenthaltes. Sind die Betroffenen nicht mehr erwerbsfähig, gibt es zusätzlich eine Versehrtenrente. Für Hinterbliebene ist das Sterbegeld sowie eine Witwen- und Waisenrente vorgesehen.

Wiener (50) verlor nach Corona-Impfung Unterschenkel (msn.com)

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit folgende

Anfrage

- 1) Wie beurteilen Sie als Arbeitsminister diesen tragischen Fall eines Covid-Impfopfers?
- 2) Wie hätte dieser tragische Fall eines Covid-Impfopfers aus arbeitsrechtlicher und arbeitnehmerschutzrechtlicher Sicht verhindert werden können?
- 3) Wie beurteilen Sie als Arbeitsminister ein arbeitsrechtliches Entschädigungsverfahren gegen den Arbeitgeber, der die Impfung angeordnet hat, für diesen tragischen Fall eines Covid-Impfopfers dauern?
- 4) Hat das Arbeitsministerium eine genaue Fall-Analyse in diesem Zusammenhang angeordnet?
- 5) Wie viele arbeitsrechtliche bzw. arbeitnehmerschutzrechtliche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern im Zusammenhang mit Covid-Impfungen sind seit dem 1.1.2021 im BMA eingelangt?